

Aktuelles aus dem Versicherungsrecht

Inhalt

Aktuelle Änderungen

- Die Entwicklung der Digitalen Rentenübersicht
- Änderungen beim Namensrecht und Geschlechtereintrag
- Versicherungspflicht von Altersrentnern – Zahlen und Fakten
- Änderung von Fristen im Zuge des Postrechtsmodernisierungsgesetzes
- Neue Werte 2025

Geplante Änderungen

- Wachstumsinitiative der Bundesregierung

Digitale Rentenübersicht



Link zur Digitalen Rentenübersicht:

https://www.rentenuebersicht.de/DE/01_startseite/home_node.html

3

44930593BF

Digitale Rentenübersicht (DiRÜ)¹



Entwicklung

1. Grundlage: Rentenübersichtsgesetz 2021
2. Einführung der DiRÜ: Mitte 2023 Pilotphase
3. Regelbetrieb: seit 2024 Online-Portal für alle
 - anfänglich 3 angebundene Vorsorgeeinrichtungen
 - mittlerweile 311
4. Anbindungsverpflichtung bis Ende 2024 (Rentenübersichtsanbindungsverordnung)

In drei Worten: „Sehen, verstehen, handeln“ Dr. Fasshauer



4

44935091BF

Digitale Rentenübersicht (DiRÜ)²



Evaluationsbericht der ZfDR

Auszüge aus dem Evaluationsbericht der ZfDR (Stand März 2024)

- 1 Million 336 220 gezählte Besucher auf der Internetseite (30.06.2023 bis 15.11.2023)
- mit circa 9 613 Nutzende pro Tag
- 128 328 Registrierungen mit Authentifizierungsprozess (eID) (Stand 13.11.2023)
- Zugriffe erfolgen hauptsächlich über Smartphone
- Benutzerfreundlichkeit und Barrierefreiheit größtenteils gegeben
- Verständnisprobleme bei Nichtmuttersprachlern

44935191BF

5

Änderungen im Namensrecht¹



Gesetz zur Änderung des Ehe- und Geburtsnamensrechts und des Internationalen Namensrechts (In Kraft treten zum 01.05.2025, Auszüge)

1. Echte Doppelnamen für Ehepaare und Kinder
2. Erleichterte Namensänderung für Stiefkinder und Scheidungskinder
3. Änderung Geburtsnamen Volljähriger
4. Rücksicht auf besondere Namenstraditionen, insbesondere von nationalen Minderheiten



Frage: neuer Versicherungsnummernachweis?

51000191BF

6

Änderungen im Namensrecht₂



Beispiele

1. Familiendoppelnamen: Bildung von Doppelnamen für alle Kinder und Ehegatten

- maximal 2 Namen als Doppelname
- kein Bindestrich notwendig, aber möglich
- Kind mit Doppelnamen, Eltern mit Einzelnamen möglich
- Erklärung über Standesamt

2. Namensänderung für Stiefkinder und Scheidungskinder

- nicht gegen den Willen des Kindes (ab 5. Lebensjahr)
- Minderjährige: bei Sorgeberechtigung beider Elternteile, Einwilligung beider Elternteile notwendig
- Ersetzung der Einwilligung der Eltern durch Familiengericht möglich, wenn es dem Kindeswohl dient

51000291BF

7

Änderungen des Geschlechtereintrags



Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtereintrag (SBGG)

(In Kraft treten zum 01.08.2024/01.11.2024, Auszüge)

Das Selbstbestimmungsgesetz soll es für transgeschlechtliche, intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen einfacher machen, ihren Geschlechtereintrag im Personenstandsregister und ihre Vornamen ändern zu lassen.

Das Gesetz tritt an die Stelle des Transsexuellengesetzes (TSG) von 1980.



51000391BF

8

Versicherungspflicht von Altersrentnern



	Rentenbeginn	Monat nach Erreichen der Regelaltersgrenze
abhängige Beschäftigung	Altersvollrente	
mit Versicherungspflicht	mit Versicherungspflicht	Versicherungsfreiheit
Arbeitgeber und Arbeitnehmer: je ½ Beitrag	Arbeitgeber und Arbeitnehmer: je ½ Beitrag	Arbeitgeber: ½ Beitrag Arbeitnehmer: nichts
		Verzicht auf Versicherungsfreiheit oder Teilrentenbezug → Versicherungspflicht

9

44931291BF

Versicherungspflicht von Altersrentnern₁



Zahlen und Fakten

Die **Standardrente** ist die monatliche Regelaltersrente eines Versicherten in der allgemeinen Rentenversicherung, der 45 Jahre lang stets ein Entgelt in Höhe des **Durchschnittsentgelts** aller Versicherten bezogen hat.

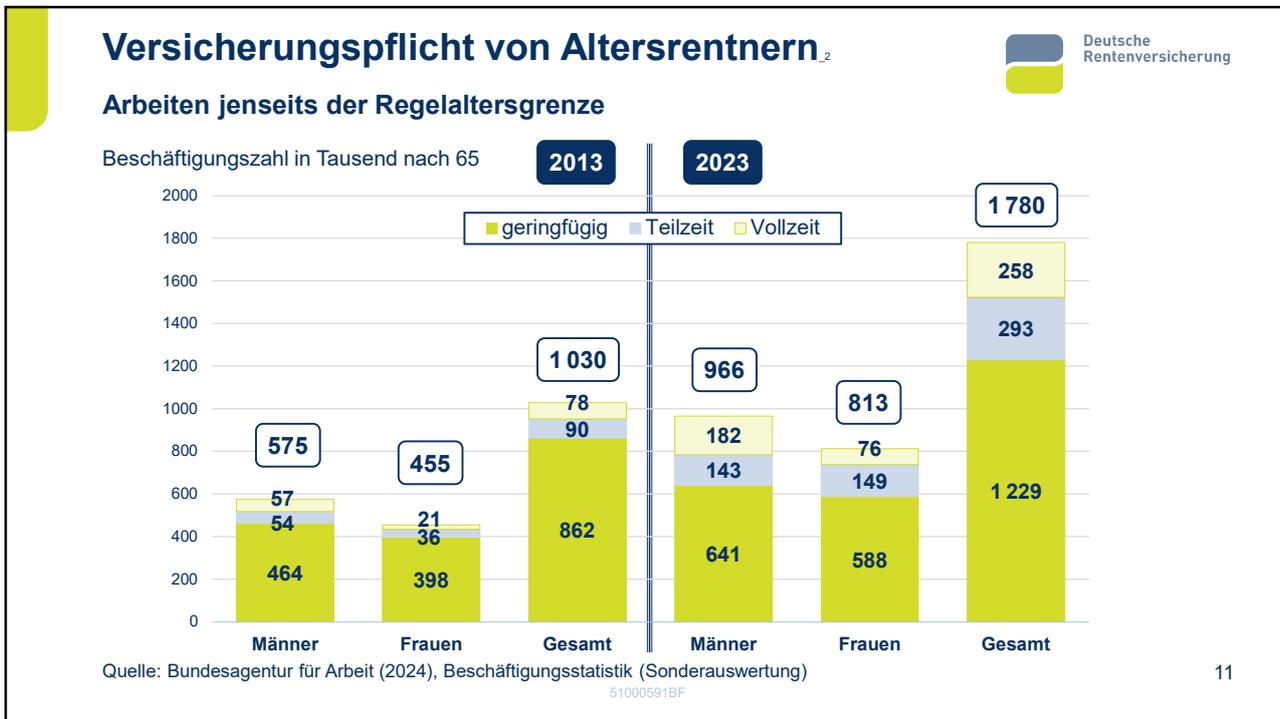
am 01.01.2024 1 692,00 Euro brutto 1 503,34 Euro netto vor Steuern	am 01.07.2024 1 769,40 Euro brutto 1 565,03 Euro netto vor Steuern
---	---

Alte und neue Bundesländer sind identisch!

Quelle: Rentenversicherung in Zahlen 2024

10

51000491BF



Postrechtsmodernisierungsgesetz (PostModG)₁

Deutsche Rentenversicherung

Wann ist ein Verwaltungsakt bekanntgegeben?

- § 37 SGB X - Bekanntgabe des Verwaltungsaktes
- **Änderung: Bekanntgabe von Verwaltungsakten zum 01.01.2025**
- angepasste Briefflaufzeiten
- Bei schriftlichen Verwaltungsakten wird **nicht mehr auf 3 Kalendertage**, sondern auf **4 Kalendertage nach Aufgabe zur Post** abgestellt. Für den Beginn der Rechtsbehelfsfrist ist dieser vermutete Zeitpunkt maßgebend.
- Beachten bei Widersprüchen!





51000691BF

Postrechtsmodernisierungsgesetz (PostModG)²



bisher **Beispiel**

Bescheid über Ablehnung der Kindererziehungszeit und Kinderberücksichtigungszeit vom 09.02.2024

› Bekanntgabe 09.02.2024 + **3** Tage 12.02.2024 (Montag)

Widerspruchsfrist:

› Beginn Rechtsmittelfrist	13.02.2024
› Ende Ein-Monatsfrist	12.03.2024 (Dienstag)
› Ende der Rechtsmittelfrist	12.03.2024
› Bestandskraft	13.03.2024

51000791BF

13

Postrechtsmodernisierungsgesetz (PostModG)³



neu 2025 **Beispiel**

Bescheid über Ablehnung der Kindererziehungszeit und Kinderberücksichtigungszeit vom 11.02.2025

› Bekanntgabe 11.02.2025 + **4** Tage 15.02.2025 (Samstag)

Widerspruchsfrist:

› Beginn Rechtsmittelfrist	16.02.2025
› Ende Ein-Monatsfrist	15.03.2025 (Samstag) (Rechtsmittelfrist endet gemäß § 64 (3) SGG nicht an einem Samstag oder Sonntag)
› Ende der Rechtsmittelfrist	17.03.2025 (Montag)
› Bestandskraft	18.03.2025

51000792BF

14

Aktuelle Werte 2025₁



Bundeseinheitlich in West und Ost

- ab 01.01.2025 keine Unterscheidung in den Berechnungsgrößen mehr nach alten und neuen Bundesländern
- keine Entgeltpunkte (Ost) mehr
- keine Hochwertung mit Faktor gemäß Anlage 10 SGB VI
- keine unterschiedlichen Rentenansprüche bei Kindererziehungszeiten, Pflege, ...
- einheitliche Bezugsgröße, Beitragsbemessungsgrenze (BBG)
- aktueller Rentenwert ist seit 01.07.2023 **gleich**

51000991BF

15

Aktuelle Werte 2025₂



Bundeseinheitlich in West und Ost

- **Beitragsbemessungsgrenze allgemeine Rentenversicherung**
8 050 Euro pro Monat (96 600 Euro pro Jahr) **+ 6,5%**
 bisher: 7 550 Euro pro Monat (90 600 Euro pro Jahr)
- **Beitragsbemessungsgrenze Arbeitslosenversicherung**
8 050 Euro pro Monat (96 600 Euro pro Jahr) **+ 6,5%**
 bisher: 7 550 Euro pro Monat (90 600 Euro pro Jahr)
- **Beitragsbemessungsgrenze Krankenversicherung und Pflegeversicherung**
5 512,50 Euro pro Monat (66 150 Euro pro Jahr) **+ 6,5%**
 bisher: 5 175 Euro pro Monat (62 100 Euro pro Jahr)
- **Grenze der Versicherungspflicht zur Krankenversicherung und Pflegeversicherung**
6 150 Euro pro Monat (73 800 Euro pro Jahr) **+ 6,5%**
 bisher: 5 775 Euro pro Monat (69 300 Euro pro Jahr)

(Auszug SV-Rechengrößen-VO 2025)

51000991BF

16

Aktuelle Werte 2025₃

Deutsche Rentenversicherung

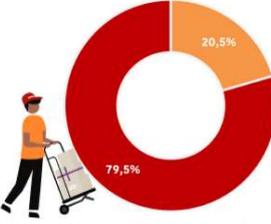
Minijobs

➔ **Geringfügigkeitsgrenze:** 556 Euro monatlich (Mindestlohn 2025: 12,82 Euro pro Stunde)

Minijobber im Gewerbe:	6 686 832 (Juni 2023)	6 753 852 (Juni 2024) +1,0%
Minijobber im Privathaushalt:	269 081 (Juni 2023)	255 119 (Juni 2024) -5,2%

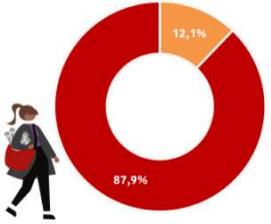
Quelle: 2. Quartalsbericht Minijobzentrale 2024

im Gewerbe sind 79,5%
nicht rentenversicherungspflichtig



■ nicht RV Pflichtig ■ RV Pflichtig

im Privathaushalt sind 87,9%
nicht rentenversicherungspflichtig



■ nicht RV Pflichtig ■ RV Pflichtig

51001191BF

17

Geplante Rechtsänderungen

Deutsche Rentenversicherung

Wachstumsinitiative der Bundesregierung



Einführung unklar!

Rentenaufschubprämie

- Weiterarbeit über Regelaltersgrenze hinaus
- in Höhe der entgangenen Rente plus Prämienfaktor
- unklar: Steuerfreiheit der Prämie

In Kraft treten: 01.01.2028

Sockelbetrag bei Renten wegen Todes

Freibetrag für Erwerbseinkommen und Erwerbseinkommen in Höhe der Geringfügigkeitsgrenze

In Kraft treten: 01.07.2027

Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung

Auszahlung der Arbeitgeberbeiträge an Arbeitnehmer bei Weiterarbeit über Regelaltersgrenze hinaus

In Kraft treten: 01.07.2025

51001291BF

18

**Vielen Dank für
Ihre
Aufmerksamkeit!**

Aktuelles aus dem Versicherungsrecht